



Ein „Unkündbarer“ soll gefeuert werden

CFM-Geschäftsführung kündigt Betriebsrat

Der rüde Umgang der CFM mit engagierten Betriebsräten ist bekannt. Die außerordentliche Kündigung von Aaron W. ist nur ein weiterer Höhepunkt.

Er soll auf einer Betriebsversammlung „... verleumderische Äußerungen über den Arbeitgeber...“ gemacht haben und deshalb lautete der Kündigungsgrund „...erhebliche Störung des Betriebsfriedens ...“

Worum geht es hier wirklich?

Mit Gründung der CFM 2006 begann eine neue Qualität der verschärften Ausbeutung. Diese Ausgliederung bringt den Beschäftigten Niedriglöhne und Arbeitsverdichtung. Sie führte

zum Kampf um einen Tarifvertrag und höhere Löhne. Aaron W. als einer der Mitorganisatoren dieses Arbeitskampfes machte sich damit zum erklärten Feind des Managements. Der Streik 2011 dauerte viele Wochen, brachte noch keinen Tarifvertrag, aber die Einführung von Mindestlöhnen. Das Charité-Management jammerte zwar, dass ein Stundenlohn von 8,50 € die Grenze des ökonomisch Machbaren sei – aber wie wir wissen, wurde das Geschäftsjahr 2012 mit einem sattem Gewinn von über 5 Millionen € abgeschlossen.

Der Einfluss von ver.di und gkl in der CFM war und ist der CFM ein Dorn im
➔ Fortsetzung auf Seite 2



Nichts ist vergessen – und niemand!

Gedenken an Otto Grüneberg

Ein breites Bündnis gegen Rechts hat am 2. Februar in Charlottenburg an den 83. Jahrestag der Ermordung von Otto Grüneberg erinnert. Der junge Kommunist war am 1. Februar 1931 auf der Straße von Nazis angeschossen worden. Schwerverletzt konnte er sich noch in eine Gaststätte schleppen, bevor er verstarb. Vor dem Gebäude versammelten sich am vergangenen Wochenende Mitglieder der DKP, der SPD, der Grünen und der Linkspartei sowie Gewerkschafter, Parteilose und Angehörige der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN-BdA) zu einer Kundgebung. Zu den Rednerinnen gehörte die Kommunistin Erika Baum, die selbst im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus aktiv gewesen war. Sie unterstrich, dass Kampf gegen den Faschismus immer auch bedeutet, Widerstand gegen den Rassismus zu leisten, der auch heute noch von staatlichen Stellen ausgeht.



Thälmann bleibt, alle bleiben!

Rund um den Thälmann-Park geht es zur Zeit heiß her

Unter dem Grünen-Baustadtrat Kirchner in Pankow/Prenzlauer Berg sind derzeit über 2200 neue schicke Wohnungen in Planung. Zum Teil sollen diese durch städtische Wohnungsbaugesellschaften wie die GEWOBAG gebaut werden, zum größeren Teil aber durch private Investoren – mit einem Mietpreis zwischen 9 bis 11 Euro pro Quadratmeter. Im Zuge dieser Bebauungspläne wurde auch die Forderung nach Abriss des Ernst-Thälmann-Denkmal laut. So fand Mitte letzten Jahres von den Jungen Liberalen eine symbolische Sprengung des Ernst-Thälmann-Denkmal statt. Es ging ihnen weniger darum, auf das reale Leben und Wirken Thälmanns einzugehen, als mit verschwörungstheoretischer Totalitarismuskule die unglaublichen Verbrechen des Faschismus mit der DDR gleich zu setzen. Diese neoliberale Stadtplanung wird auch die Leute betreffen, die derzeit im Park wohnen: Sie zieht Modernisierungen, energetische Sanierungen, Mieterhöhungen und eine stille Entmietung mit sich, gegen die wir uns wehren müssen.

Mieter-Interessen verteidigen! Keine Luxussanierungen und Immobilienspekulanten im Thälmann Park! Keine Profite mit der Miete!

Die jetzige Kündigung ist also ein weiterer Schritt im Kampf der Geschäftsführung gegen Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten.

» Fortsetzung von Seite 1

Auge. Urplötzlich ließ sich bei der Betriebsratswahl 2010 die Gruppierung „Frischer Wind“ als Liste aufstellen. Dem „Frischen Wind“ wird eine große Nähe zur Geschäftsleitung nachgesagt. Der „Frische Wind“ versuchte, die Karten im Betriebsrat neu zu mischen, sprich die Mehrheitsverhältnisse zum Vorteil der Geschäftsleitung umzustellen, scheiterte aber zunächst. Drei Betriebsratsmitgliedern, denen willkürlich der Lohn gekürzt wurde mit der Begründung, sie würden sich unnötigerweise für Betriebsratsarbeit freistellen lassen, erhielten vorm Arbeitsgericht Recht: Die Freistellung zur Betriebsratsarbeit sei nicht vom Ermessen des Managements abhängig.

Management bekämpft Mitbestimmung

Die jetzige Kündigung ist also ein weiterer Schritt im Kampf der Geschäftsführung gegen Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten. Laut Gesetz ist es nicht möglich, ein Betriebsratsmitglied ohne weiteres rauszuschmeißen. Es müssen schon schwerwiegende Gründe vorliegen und der Betriebsrat muss dem zustimmen. Diese Gründe will das Management gefunden haben. So soll Aaron geäußert haben, dass einige Betriebsratsmitglieder gekauft sein könnten. Hat er so nicht gesagt! Die Geschäftsführung wollte vor Gericht die fehlende Zustimmung des Betriebsrates zur Kündigung durch Richterspruch ersetzen lassen. So kam es am 9.11.13 zu einem Güteverfahren. Dutzende KollegInnen im Publikum bekundeten ihre Solidarität. Vom knallharten Kurs der CFM war hier dann nichts mehr zu hören. Man wolle Aaron W. doch gar nicht rauschmeißen. Er solle sich nur entschuldigen und versprechen, dass er in Zukunft die Firma nicht wieder verleumden werde. Betriebsrat Aaron W. lehnte dies jedoch ab, weil er erstens

die verleumderische Behauptung so nicht aufgestellt habe und sich zweitens nicht den Mund verbieten lassen wolle.

Die verantwortliche Richterin erklärte im überfüllten Gerichtssaal die Güteverhandlung für den Moment für gescheitert und kündigte einen Kammergerichtstermin im April 2014 an. Dann wolle sie sich um einen größeren Gerichtssaal bemühen. Angesichts der Bedeutung dieser Auseinandersetzung erscheint dieses notwendig.

Aufruf an die Schrittmacher-Leserschaft

Liebe Leserin, lieber Leser, seit über 10 Jahren gibt es nun schon den Schrittmacher, der aller 2 Monate verteilt wird. Wir sind natürlich auch an Eurer Meinung interessiert. Schreibt uns Leserbriefe, gebt uns Hinweise und Tipps. Eure Briefe bitte an:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel.: 030.29783132
Büroöffnungszeiten:
Mo. - Do. 16 Uhr - 19 Uhr
Mail: info@dkgp-berlin.info

*Eure
Schrittmacher-Redaktion*



Ewig Bittsteller trotz harter Arbeit

*Ein Mindestlohn von nur 8,50 €
wird das nichts ändern*

✚ Es gibt in diesem Lande nicht wenige Menschen, die zuverlässig und engagiert jeden Tag arbeiten, aber von ihrem Lohn nicht leben können – geschweige denn, für die Zukunft vorsorgen. Die Regierenden in diesem Lande haben dies durch gesetzliche Erleichterung von prekärer Beschäftigung befördert.

Nun aber war der „Mindestlohn“ schon während der Wahlkampf-schlachten im vergangenen Jahr ein wichtiges Thema - nicht aber, um die Lage der Werktätigen grundsätzlich zu verbessern.

SPD und Grüne fordern 8,50 € als gesetzlichen Mindestlohn. Die Christen der CDU/CSU sprechen nur von einer Lohnuntergrenze. Wie auch immer man es nennt: Bei einem Betrag von 8,50 € müsste in aller Regel durch Hartz IV-Leistungen aufgestockt werden.

Höhere Löhne müssten die Unternehmen aus ihren Gewinnen begleichen - Hartz IV wird von der Allgemeinheit mittels Steuern finanziert. Somit wird klar, wessen Interessen die von uns gewählten Volksvertreter vertreten. Die angestrebten 8,50 € ab dem Jahre 2015 verhindern aber den Kurs Richtung Altersarmut nicht. Eine Mindestrente gibt es in Deutschland nicht. Wohl aber einen Anspruch auf Grund-sicherungsleistung. Wenn also schon vorprogrammiert ist, dass mit 8,50 € Stundenlohn heute ein Überleben im Alter nicht möglich ist, dann steht

also auch fest, dass die Rentnerinnen und Rentner sich erneut zum Bittsteller machen müssen und der Staat weiter zur Kasse gebeten wird.

SPD und Grüne verkaufen ihr Mindestlohnkonzept als krisenfest. Falsch! Selbst 10 € Lohn bei 45 Berufsjahren reichen nicht aus, ein vernünftiges Leben zu führen und eine armutsfeste Rente abzusichern.

Arbeitgeberverbände malen den Teufel „Streichung von Arbeitsplätzen“ an die Wand, um die Forderung nach einem Mindestlohn vom Tisch zu wischen. Dass dessen Einführung Arbeitsplätze kosten würde, ist von Wirtschaftsforschungseinrichtungen (z.B. von der Hans-Böckler-Stiftung und vom DGB) gründlich widerlegt worden. Stattdessen wird bei Anhebung der Löhne auf einen Mindestbetrag für alle eine wahre Beschäftigungsmaschine erwartet.

Es ist wahrscheinlich, dass die deutschlandweite Festschreibung eines Mindestlohnes von mehr als 8,50 € (nämlich 12,50 €) per Gesetz die Profite schmälern würde. Genauso wahrscheinlich ist aber auch, dass die hart arbeitenden Werktätigen besser überleben könnten und durch erhöhten Konsum die Wirtschaft ankurbeln würden.

Im Übrigen sollen Rentner, Saisonarbeiter, Studenten und Schüler mit Arbeitsvertrag von einer Mindestlohnregelung ausgenommen werden. Das wäre kriminell, denn schon das Grundgesetz verlangt eine Gleichbehandlung.



Volks- entscheid am 25. Mai?

*Initiative 100 % Tempelhof
fordert Volksentscheid am
Tag der Europawahlen*

Pünktlich zum Abgabetermin reichte die Initiative 100 % Tempelhof insgesamt 233.000 Unterschriften ein, von denen über 185.000 von der Landeswahlleiterin als gültig anerkannt wurden. Damit steht Berlin der nächste Volksentscheid ins Haus. Die Initiative 100% Tempelhof forderte den Senat auf, diesen Volksentscheid am Tag der Europawahl am 25. Mai durchzuführen. Der Berliner Senat fühlt sich missverstanden und ist der Meinung, dass er seine Vorschläge nur besser erklären müsse. Wer aber versucht, der Bevölkerung eine Kaltmiete von über 8 Euro/qm als günstig zu verkaufen, dem kann nur Realitätsferne vorgeworfen werden. Inzwischen sind es nicht mehr nur die Anwohner, die gegen die Bebauung des Tempelhofer Feldes mobil machen, sondern auch Umweltverbände, die die Einzigartigkeit dieser Freifläche und deren Bedeutung nicht nur für die Menschen, sondern auch für das Stadtklima betonen. Eine Bebauung ist höchstens für Investoren und Spekulanten attraktiv. Die optimale Parklage verspricht eine hohe Rendite und auch die anliegende Wohnbebauung könnte sich in wahres Betongold verwandeln. Die Stadt braucht aber wieder einen sozialen Wohnungsbau der seinen Namen verdient. Deshalb: Für den Erhalt des Tempelhofer Feldes stimmen!

Mehr Infos: thf100.de

Liebknecht- Luxemburg- Gedenken 2014

*Manifestation gegen
imperialistische Kriege*

Am 15. Januar 1919 waren in Berlin die Führer der kommunistischen Bewegung, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, von Freikorps-offizieren unter Billigung der SPD-Führung ermordet worden. Am 12. Januar 2014 fanden sich in jahrzehntelanger Tradition Zehntausende zu früher Stunde zur Gedenkstätte der Sozialisten in Berlin-Friedrichsfelde, um ihrer zu gedenken. Um 10 Uhr startete die Gedenkdemostration mit über 15000 Teilnehmern am U-Bahnhof Frankfurter Tor.

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, erklärte am Rande des Marsches: „Wir gedenken Karls und Rosas, nicht indem wir nach hinten schauen, sondern nach vorn angesichts der Perversion der kapitalistischen Gesellschaft, wo die Zahl der Armen explodiert und Aktienkurse steigen“ Deshalb sei es notwendig, kommunistische Akzente zu setzen. Die Demonstration sei „ein großer Erfolg“ und eine „Manifestation gegen imperialistische Kriege“.



Kontakt & Impressum:

Deutsche Kommunistische Partei
Landesorganisation Berlin
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin

Tel.: 030.29783132

Mail: info@dkp-berlin.info

Web: www.dkp-berlin.info

Vi.S.d.P.: R. Perschewski,
Franz-Mehring-Platz 1, Berlin



Diese EU muss weg

*Tunia Ehrler kandidiert für
die DKP zur Europawahl*

☛ Tunia Erler kann es nicht lassen. Nachdem sie bei der vergangenen Bundestagswahl schon im Wahlkreis Berlin-Mitte für die DKP angetreten ist, kandidiert sie nun auch zur Europawahl im Mai. „Meine Genossen haben mich darum gebeten, denn unser Bundestagswahlkampf hat bereits einiges bewegt“, sagte die Kommunistin dem „Schrittmacher“.

Dabei hält Tunia Erler wenig von der Europäischen Union. Den Staatenbund vergleicht sie gerne mit dem Mackie Messer aus Bert Brechts Moritat aus der Dreigroschenoper: „Denn der Haifisch, der hat Zähne, und die trägt er im Gesicht – und Mackie, der hat ein Messer, doch das Messer sieht man nicht.“ So ähnlich stellt sich für Tunia die EU dar: „Uns wird viel erzählt von einem Zusammenleben der Völker, von offenen Grenzen und einem Ende des nervigen Geldumtauschens. Doch tatsächlich haben sich die Konzerne eine demokratisch nicht kontrollierte Organisation geschaffen, über die sie ihre Interessen in einem Großteil Europas durchsetzen können – auch mit Krieg, wie derzeit in Afrika. Die Entscheidungen fallen in Brüssel – und die von uns gewählten Regierungen behaupten dann, sie müssten diese Beschlüsse befolgen.

Dabei haben sie die selber in Brüssel gefasst“, ist Tunia empört. Sie verweist auf das derzeit verhandelte Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA, in dem sogar den Konzernen Klagerechte gegen die Kommunen eingeräumt werden sollen.

„Mir ist klar, dass wir diese EU nicht reformieren können. Sie muss weg und durch eine Alternative ersetzt werden, in der die Völker dieses Kontinents friedlich und gerecht zusammen leben können – ohne Kürzungsbefehle von Frau Merkel, die Spanier und Griechen ausbaden müssen“, zeigt sich Tunia kampfbereit. Das will sie auch im Europäischen Parlament vertreten, wenn die DKP es schaffen sollte, einzuziehen. „Natürlich hat dieses Parlament wenig zu sagen. Aber wir Kommunisten wissen, dass wir alle Gremien, alle Tribünen nutzen müssen, um dieses kapitalistische System zu attackieren. Diese EU braucht eine konsequente, knallrote Opposition – nicht die Merkel-Diktatur, kein Larifari von Sozialdemokraten oder Linkspartei und schon gar nicht den nationalistischen und rassistischen Dreck von Neonazis oder AfD.“

Tunia Erler kandidiert auf Platz 17 der 36-köpfigen Liste der DKP zur Europawahl am 25. Mai 2014.